

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnummer: Die 8-spaltige Seite 1,30 Mk., von auswärts 1,40 Mk. Subskribenten: 3. Monatspreis nach bel. Zahl, die 3-spaltige Monatspreis 4.— Mk., von auswärts 4,20 Mk. Bei Abbestellung: Rückzahlung bis 15. d. M. — Postfach Danzig 1924. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 252

Freitag, den 28. Oktober 1921

12. Jahrgang

Protest der deutschen Regierung.

Berlin, 27. Okt. Der deutsche Botschafter in Paris übermittelte der Botschafterkonferenz heute folgende Note: Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, das dadurch dem Deutschen Reich auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtfertigkeit gegen das deutsche Volk, der sie wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Vertrages, dem die in Genf getroffene und von den alliierten Hauptmächten angenommene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung ausdrückliche Proteste ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen und um der deutschen Bevölkerung des oberhalb des Industriegebietes die sonst bevorstehende Verelendung sowie wie möglich zu ersparen, stellt sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend die darin vorgesehenen Delegierten zu ernennen. Die Namen der deutschen Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden.

Berlin, 27. Okt. (WIZ.) Zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien wurde der Reichsminister a. D. Schiffer und zu seinem Stellvertreter der Staatssekretär Bewald ernannt, der damit aus seiner bisherigen Stellung im Reichsministerium des Innern ausscheidet. Die deutschen Unterhändler werden von einem größeren Sachverständigenstab begleitet sein. Die Abreise der Unterhändler dürfte Anfang nächster Woche erfolgen. Als Verhandlungsort kommt Duppeln oder Rattowitz in Frage.

Protest der Arbeitermillionen.

Berlin, 27. Okt. (WIZ.)ünf Hauptorganisationen deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten veröffentlichten im Namen von dreizehn Millionen deutscher Arbeitnehmer einen Protest gegen die Zerstückung Oberschlesiens als gegen eine Vergewaltigung und einen Rechtsbruch schlimmster Art, die keine Rücksicht nehme auf die würgende Last der Reparationsverpflichtungen Deutschlands und wodurch hunderttausende Deutsche einem Staate überantwortet würden, der kulturell rückständig sei und das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht gewährleiste.

Karls Schicksal.

Wien, 27. Okt. Das Rorr.-Bureau meldet aus Budapest: Das Kloster Lihang ist von Motorbooten und Truppen aufs strengste bewacht. Der Gesandte und bevollmächtigte Minister im Ministerium des Aeußern, Ranga, traf in Lihang ein, mit dem Auftrage, über die Modalitäten der Abdankung zu verhandeln.

Paris, 27. Okt. (WIZ.) Die Botschafterkonferenz beschloß, daß Exkönig Karl an Bord des englischen Kanonenbootes, das sich gegenwärtig vor Budapest befindet, gehen soll. Er soll sich darauf nach Galatz begeben, wo er die endgültige Entscheidung der Mächte über seine Internierung abwarten wird.

Vor einem Eisenbahnerstreik im besetzten Gebiet.

Berlin, 27. Okt. Die Eisenbahner des besetzten rheinischen Gebietes drohen mit einem Streik. Sie fordern eine Erhöhung der Befahrungszulage, die bisher 90 bis 150 Mk. den Monat betrug. Infolge des Aufstausens der Waren durch Ausländer ist die Teuerung im besetzten Gebiet sprunghaft gestiegen. Daß im besetzten Gebiet eine besondere Teuerung herrscht, war bisher schon durch die Befahrungszulage anerkannt. Aber inzwischen hat sich die Teuerung gesteigert. Das Eisenbahndirektionspersonal von Köln hat der Reichsregierung telegraphisch mitgeteilt, daß mit Streik zu rechnen sei, wenn die Reichsregierung nicht finanziell helfe. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine wesentliche Abänderung des Lohnpfändungsgesetzes beantragt. Bei Verheirateten sollen Löhne und Gehälter unter 15 000 Mark, bei Unverheirateten unter 12 000 Mark nicht gepfändet werden dürfen. Bisher waren die betreffenden Beträge 4000 und 5000 Mark.

Umstellung der Eisenbahnverwaltung.

Staatsbetrieb nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen.

Berlin, 27. Okt. (WIZ.) Der Sachverständigenbeirat des Reichsverkehrsministeriums verhandelte heute unter dem Vorsitz des Ministers Groener über die Frage, ob die Ueber-

führung der Reichseisenbahnen in Privatbetrieb eine Beförderung der finanziellen Lage der Reichseisenbahnen herbeiführen geeignet wäre. Die ganz überwiegende Mehrheit der Anwesenden war der Auffassung, daß eine Uebertragung der Verwaltung an eine Privatgesellschaft selbst unter Wahrung des Eigentumsrechts des Reiches nicht zweckmäßig sei. Dagegen wurde eine vielseitige Durchdringung des Staatsbetriebes mit kaufmännischem Geist und möglicher Anwendung privatwirtschaftlicher Grundsätze innerhalb des Staatsbetriebes empfohlen. Der Beirat billigte die Absicht des Ministers, bei Gelegenheit der Einbringung des Eisenbahnfinanzgesetzes eine Reihe von Anwendungsmöglichkeiten privatwirtschaftlicher Grundsätze durchzuführen. Dieses Eisenbahnfinanzgesetz soll nach den Absichten des Ministers noch in dieser Tagung des Reichstages verabschiedet werden.

Frankreichs „friedliche“ Sorgen.

Briand für weiteren Druck auf Deutschland.

Paris, 27. Okt. (WIZ.) In der heutigen Sitzung des Senats interpellierte Senator Henry de Jouvenal über die auswärtige Politik der Regierung und das Programm, das Frankreich auf der Konferenz in Washington unterstützen wolle. Der Senat müsse wie die Kammer Briand zum wirklichen Wortführer Frankreichs machen. Die Frage der militärischen Abrüstung sei eng verknüpft mit dem Problem der Abrüstung zur See. In dem augenblicklichen Zustand könne man nicht verharren, denn 60 Millionen rüsteten sich gegen Frankreich! Ministerpräsident Briand beantwortete die Interpellation sofort und erklärte, verschiedene Fragen hätten die Regierung und das Parlament vor den Ferien beunruhigt; erstens die Sicherheit Frankreichs und die Entwarnung Deutschlands und zweitens die oberhalb des Schiedspruchs des Rätterbundes. Frage wiederholte Briand den Bericht des Generals Nollet und erklärte, im Augenblick sei Frankreich außer Kriegsgefahr. Die Frage der bayerischen Einwohnerwehren sei durch die Autorität des Reichskanzlers Dr. Wirth geregelt worden, es frage sich jedoch, ob er immer so handeln könne. Deshalb unterstützte Frankreich bei seinen Alliierten die Meinung, daß ein Druck auf Deutschland notwendig sei. Die Frage von Oberschlesien behandelte Briand historisch und lobte die angebliche Unparteilichkeit des Schiedspruchs des Rätterbundes. Deutschland habe ihn angenommen, die Angelegenheit sei geregelt. Nach Erwähnung des Abkommens mit der Regierung von Angora wies Briand auf die Vorteile des Wiesbadener Abkommens hin. Alle Welt sei davon überzeugt, daß eine internationale gegenseitige Hilfe notwendig sei. Wenn Deutschland eine leere Staatstafel zeige, werde man ihm antworten, daß der Vertrag besage, daß nicht der deutsche Staat, sondern daß Deutschland mit allen seinen mobilen und nicht mobilen Reichtümern zahlen müsse. Die Volksparteier mühten zahlen, denn alle Deutschen seien mit ihrer Regierung solidarisch. Schließlich erklärte Briand, er allein habe das Ruhrgebiet nicht besetzen können. Solange Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, werde man nicht handeln. Frankreich sei mehr als jeder dem Frieden ergeben! Der Senat sprach Briand darauf mit 301 gegen 9 Stimmen sein Vertrauen aus.

Die Forderungen der Memelländer.

Genf, 26. Okt. (WIZ.) Eine Abordnung der Gewerkschaften des Memelgebietes überreichte heute den Teilnehmern der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf eine in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßte Denkschrift mit der Forderung vollständiger Selbständigkeit unter dem Schutze einer der westeuropäischen Mächte. Diese Forderung gründet sich auf die besondere Lage der Arbeiter, deren Zukunft in materieller und sozialer Hinsicht durch die Einverleibung des Gebietes in einen osteuropäischen Staat gefährdet werden würde. Die Denkschrift erhebt den schärfsten Widerspruch gegen eine Auslieferung Memels an Litauen und Polen.

Untergetauchte Mordgefallen. Die polizeilichen Erhebungen über das Revolverattentat auf den Landtagsabgeordneten Auer haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der sozialdemokratische Verein München legte für die Ausfindigmachung des Täters 5000 Mark Belohnung aus. Die näheren Gründe des Attentats werden auf die Enthüllungen Auers in unserem Münchener Parteiorgan über die bayerische Verschwörergentrale zurückgeführt. Auer hatte sich dadurch sowie durch seine Prozesse mit dem „Miesbacher Anzeiger“ den besonderen Haß der bayerischen Reaktionen zugezogen.

Die neue Reichsregierung.

Die Blamage der Demokraten.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die neue Regierung ist keine Koalitionsregierung, nach dem die Koalition von den Demokraten gesprengt worden ist. Man ist zum erstenmal in Deutschland dazu übergegangen, eine Regierung zu schaffen, die sich nicht auf ein festes Parteibündnis stützt, sondern die von dem lebenden Mann gebildet wird aus den Parteien oder auch einzelnen Persönlichkeiten, die bereit sind, die Politik des lebenden Mannes zu folgen.

Gemäß dem neuen Grundsatz, keine Partei als solche in die Regierung aufzunehmen, keine als solche aus ihr auszuschließen, war der Reichstagsler Dr. Wirth bereit, auch Demokraten in der Regierung zu belassen oder sie in diese neu aufzunehmen. Die Demokraten haben es fertiggebracht, den Reichstagsler einen halben Tag lang im Ungewissen zu lassen, und erst als das Kabinett zusammenzurufen sollte, beschloßen sie, ihre Fraktionskollegen aus ihrer herauszugelassen. Für demokratische Fraktionsmitglieder besteht jetzt also ein Verbot, in die Regierung Wirth einzutreten, für demokratische Parteimitglieder scheinbar nicht. Der parlamentarische Realismus erfindet seine Unterschiebe.

Was für den letzten Beschluß der Demokraten bestimmend war, ist ganz klar. Wären die Demokraten im Kabinett geblieben, so hätte auch das einseitige Parteibündnis auf die Frage kommen müssen, warum sie denn erst den ganzen Standa angestellt hätten, wenn sie es schließlich doch beim alten beließen. Das dürfte nicht kommen, und darum machten die Demokraten am Dienstag dem Zentrum noch in letzter Stunde den Bergweilungsantrag, es möchte doch mit ihnen, unter Ausschluß der Sozialdemokraten, eine neue Koalition bilden, was vom Zentrum mit höflichem Lächeln abgelehnt wurde. Als vulgäre Schmeichelei begoffene Pudel in die Regierung Wirth zurückzuführen, war den Demokraten unmöglich. Sie mußten also demütigen bleiben, sie hatten sich selber aus der Regierung hinausmanöviert und sich in eine Lage gebracht, bei deren Abbild sich an einem mittelbigen Menschen jedes Haar vor Entsetzen sträubt.

Die Stärke des Kabinetts Wirth beruht auf zwei Umständen. Erstens ist jetzt durch Experiment bewiesen, daß der Mensch weiß, was an seine Stelle kommen soll, wenn es fällt. Zweitens besteht — und das hängt mit dem ersten Umstand zusammen — keine bewußt wollende einheitliche, zusammenfassbare Opposition. Bis in die Volkspartei hinein ist man sich dessen bewußt, daß eine auf die äußerste Rechte gestützte Regierung nichts anderes könnte, als dem Reich eine neue Katastrophe bereiten. Wenn die Demokraten und die Volksparteier so tun, als wäre ihnen die Regierung Wirth in der Vertretung nationaler Interessen nicht forsch genug, so ist das weiter nichts als ein ganz bewußter Agitationsgewinn, denn positive Vorschläge, wie man die nationalen Interessen besser wahren könnte, müssen sie nicht zu machen. Die Volkspartei hat sich mit ihrem blödsinnigen Vorschlag, man solle erst bei der Entente anfragen, ob die Entsendung eines Bevollmächtigten die Anerkennung der Teilung Oberschlesiens in sich schließen, was bis auf die Knochen blamiert. Konsequent sind nur die Deutschnationalen, die von einer Entsendung des Bevollmächtigten überhaupt nichts wissen wollen, und denen es ganz Wurst ist, was dann aus Oberschlesien wird.

Ein einheitlich geführter Stoß von rechts gegen das Kabinett Wirth ist also nicht zu erwarten. Von den Unabhängigen wird man dagegen bis auf weiteres annehmen dürfen, daß sie bereit sein werden, es mit aller Kraft zu unterstützen. Geht das, so kommt man zunächst über das Schlimmste hinweg. Was dann weiter wird in einem Lande, dessen Bürgertum politisch so total verfaßt, kann freilich niemand voraussagen. Unsere einzige Zuversicht liegt in der Stärke unserer eigenen Partei. Jetzt müßte doch eigentlich jeder Denkfähige einsehen, daß es ohne eine starke Sozialdemokratie mit Deutschland überhaupt zu Ende ist. Widerspreche das nicht dem alten Spruchgebrauch, so könnte man sagen: Sozialdemokrat sein, sei heute nationale Pflicht. Nur die sozialdemokratischen Arbeiter können dafür sorgen, daß Deutschland nicht an der beispiellosen politischen Unfähigkeit eines Bürgertums ganz zugrunde geht.

Ein Parteitag der USV. Das Zentralkomitee der USV hat beschlossen, den nächsten Parteitag zum Sonntag, den 8. Januar 1922 nach Leipzig einzuberufen.

Schupo und Stadtöster. In Anklam hatte die Stadtverordnetenversammlung mit sozialistischer Stimmenmehrheit wegen Zusammenstoßes zwischen der Schupo und Arbeitern die Abberufung der Schupo aus Anklam gefordert. Daraufhin haben sämtliche bürgerlichen Abgeordneten ihre Ämter niedergelegt.

Landesverrat der Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat das kurze Gastspiel, das sie in der interfraktionellen Sitzung der Koalitionsparteien gab, mit einem schmutzigen Streich beendet. Jedermann weiß, daß solche interfraktionelle Besprechungen, zumal wenn es sich dabei um Fragen der auswärtigen Politik handelt, nicht anders als vertraulich geführt werden können. Die Verfassung erklärt sogar die Verhandlungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten für vertraulich, es dürfen ihnen nicht einmal Abgeordnete, die nicht Mitglieder dieses Ausschusses sind, beizumischen, damit sich die Parteien hier offen über Dinge aussprechen können, deren öffentliche Erörterung dem Reich Schaden bringen könnte. Was für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gilt, muß natürlich stimmungsgemäß auch für interfraktionelle Besprechungen gelten, in denen es sich um die auswärtige Politik handelt.

Die Deutsche Volkspartei hat es trotzdem fertiggebracht, unter schwerem Vertrauensbruch einen Bericht über die vertrauliche Sitzung zu veröffentlichen, die am Abend des 24. September beim Reichstagskanzler stattgefunden hat. Sie hat das getan in der parteistatistischen Absicht, vor schlecht unterrichteten Wählern ihre „nationale Gesinnung“ glänzen und sich vom schwachen Hintergrund des sozialdemokratischen Verhaltens abheben zu lassen. Eine prachtvolle „nationale Gesinnung“!

Die Deutsche Volkspartei hatte in der oberösterreichischen Frage ein Verfahren vorgeschlagen, das, wie sie selber sagt, zu neuen Zwangsmaßnahmen der Entente führen konnte. Die Sozialdemokraten haben darauf mit vollem Recht geantwortet, daß es gerade vom nationalen Standpunkt aus unverantwortlich sei, neue Zwangsmaßnahmen gegen das deutsche Volk zu provozieren, da eine Abwehr unmöglich sei. Sie haben es mit Recht abgelehnt, sich an einem so gewissenlosen Spiel mit den Interessen des Deutschen Reichs zu beteiligen, und jeder verständige Mensch in Deutschland ohne Unterschied der Partei kann ihnen für diese Haltung nur Dank wissen.

Ist es also der Deutschen Volkspartei nicht gelungen, der Sozialdemokratie zu schaden, so hat sie es desto besser fertiggebracht, die Interessen des Reiches durch ihren Vertrauensbruch schwer zu schädigen und die schwere Aufgabe unserer Unterhändler bei den bevorstehenden Verhandlungen noch weiter zu erschweren. Ihre „nationale“ Politik läuft darauf hinaus, den Verhandlungsgegner im Voraus davon zu unterrichten, mit welchem Gegenstand sein eigener Zug von deutscher Seite beantwortet werden oder auch nicht beantwortet werden wird. Subjektiv haben diese Vurschen freilich nichts anderes gewollt als ihr Parteistückchen kochen, objektiv haben sie eine Handlung begangen, die dem Landesverrat gleichgesehen ist.

Soweit haben wir es also gebracht. Statt daß man die Regierung Wirth in Ruhe gelassen und ihr die Möglichkeit gegeben hätte, sachlich über die zur Wahrung der deutschen Interessen notwendigen Schritte zu beraten, hat man ein Chaos geschaffen, einen Scherbenhaufen, auf dessen Spitze nationale Wuschelweiber prahlend ausposaunen, was in vertraulichen Beratungen über eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes besprochen worden ist. Alle Feinde Deutschlands dürfen diesem Schauspiel hochzulachen zusehen. Soweit hat es der politische Schwachsinn des deutschen Bürgertums gebracht.

Memel und Wilna.

Das „Memeler Dampfboot“ führt aus, daß möglicherweise wichtige Entscheidungen auch über das Memelgebiet bevorstehen. Die Völkerverammlung ging zwar auseinander, ohne in der Wilnafrage zu einem Beschluß zu gelangen und ohne sich anscheinend mit der Memelfrage zu beschäftigen, aber trotz dieses Schicksals ist es nicht ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit sowohl das Wilna wie auch das Memelproblem wieder in den Vordergrund treten wird. Eine Entscheidung über die Frage der Zugehörigkeit Wilnas würde wohl nicht die Völkerverammlung, die ja auseinandergegangen ist, sondern der engere Völkerbundrat beschließen. Es wäre möglich, daß er sich daran anschließend auch mit der Memelfrage beschäftigt. Es müßte als eine schreiende Ungerechtigkeit empfunden werden, wenn das geschähe, ohne daß Vertreter des Memelgebietes gehört würden. In verschiedenen Telegrammen an die leitenden Stellen des Völkerbundes haben die großen Berufsorganisationen des Memelgebietes energig gegen eine Einverleibung in Litauen protestiert und verlangt, vor der Lösung der Memelfrage gehört zu werden. Vom Völkerbund aus kann es sich übrigens nur um ein Gutachten handeln, da nach dem Versailleser Vertrag die eigentliche Entscheidung den alliierten Mächten zusteht, die überdies nicht wie in der oberösterreichischen Frage irgend ein solches Gutachten bisher in der Memelfrage eingefordert haben. Weiterhin führt das Dampfboot aus, daß sich die Memel- und die Wilnafrage keineswegs politisch in Verbindung bringen lassen, etwa dadurch, daß Memel als Entschädigung für Wilna an Litauen kommen soll. Ein solches Geschäft wäre nichts anderes als Länder- und Völkerschacher schlimmster Art und würde außerdem noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen Memels wie des Wilnaer Hinterlandes geradezu widersprechen. Die Lösung der Memelfrage könne nur in der Richtung eines Freistaates sich bewegen.

Die Vorgänge in Portugal.

Berlin, 26. Okt. (W.B.) Die portugiesische Gesandtschaft in Berlin erhielt vom Ministerium des Auswärtigen in Lissabon die telegraphische Nachricht, daß die Unternehmung zur Ermittlung der Urheber des in der Nacht vom 19. Oktober verübten Mordes mit aller Energie fortgesetzt wird. Es steht bereits fest, daß das Verbrechen an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Antonio Granha von einigen Soldaten verübt wurde, die einer kleinen bolschewistischen Ver-

einigung angehören, welche in der ganzen republikanischen Garde nur vier Anhänger zählt. Die Schuldigen sind gestern festgenommen worden und werden dem Militärgericht zugeführt werden. Die Beerdigungsfeierlichkeiten der Opfer des Attentats des Dr. Antonio Granha, des Admirals Machado dos Santos und des Fregatentapitäns Carlos da Mota, haben bereits mit allen militärischen Ehren unter Teilnahme der Regierung stattgefunden. Im Lande herrscht vollständige Ordnung. — Auch diese Mitteilung ist noch reichlich dunkel und läßt die Klärung über die revolutionären Vorgänge, die zu einem Regierungswechsel geführt haben, vermissen.

Korfanis ist noch nicht zufrieden.

In der Sejmkommission für Auswärtiges gab der Außenminister Styrum eine Erklärung über Oberschlesien ab, die streng vertraulicher Natur war. In der Diskussion trat nach langer Pause erstmalig wieder Korfanis hervor. Korfanis beantragte die Anerkennung des Erfolges des von ihm geleiteten Pol-Ausschusses, ohne welchen nur Agitation und Pöbel an Polen gefallen wären. Ferner hob er die Bedeutung der Tatsache hervor, daß noch polnische Bevölkerung in dem Deutschland zugesprochenen Teile Oberschlesiens verbliebe. Er verlangte, daß die Regierung nach einer Ablösung des fünfzehnjährigen Wirtschaftskommuniums strebe, welches er als überaus lästig kritisierte. Ebenso sprach er sich gegen die Beibehaltung der deutschen Währung in dem polnischen Teile Oberschlesiens aus, da diese Bestimmung von beträchtlicher Tragweite für das polnische Finanzwesen sein muß.

Das sowjetische Wirtschaftsblatt „Ekonomicheskaja Schisn“ äußert die Ansicht, die oberösterreichische Teilung sei ein Kompromiß zwischen den Interessen des französischen und des englischen Kapitals. Diese „Zwitterentscheidung“ habe keine endgültige Lösung des Problems, sondern eine „Balkanisierung“ Oberschlesiens gebracht, das nun eine Quelle ewiger Beunruhigung des europäischen Friedens bleiben werde. Nicht ohne Grund weise die deutsche bürgerliche Presse darauf hin, daß die Teilung Oberschlesiens eine Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen durch Deutschland unmöglich mache.

Wie die Kommunisten „Siege“ zustande kommen.

Ein drastisches Beispiel wie Lüge und Betrug in den Dienst der K.P.D. gestellt werden, ist die Betriebsratswahl in der Altonaer Waggonfabrik. Es wurden nach der kommunistischen „Samburger Volkszeitung“ von 72 abgegebenen Stimmen 45 für die K.P.D. und 27 Stimmen für die S.P.D. abgegeben. Darob stimmte die „Volkszeitung“ folgenden Siegesfarsang an:

Der Zug nach links. Das Resultat der Beschlüsse von Gdansk zeigte sich darin, daß 23 S.P.D.-Genossen für die kommunistische Liste stimmten. Natürlich fühlten sich die S.P.D.-Leute im Betrieb dadurch schwer getroffen und versuchen jetzt, das Resultat der Wahl anzufechten. Sie gehen so weit, daß sie nunmehr durch Unterschrift feststellen wollen, wer für die S.P.D. und wer für die K.P.D. gestimmt hat. Die K.P.D.-Genossen sehen dieser Untersuchung mit Vergnügen entgegen. Sie haben alle die Erwartung, daß sie bei der nächsten Wahl der S.P.D. keinen Sitz mehr zu überlassen brauchen.

Die Sache hat aber einen Haken. Als nämlich während der Wahlzeit zwei Kommunisten, Trechow und Jeremba, sich etwa zwanzig Minuten allein überlassen geblieben waren, haben diese auf ihre Art „gewählt“. Dem zurückkehrenden Betriebsratsvorsitzenden fiel es auf, daß sich während seiner Abwesenheit die Anzahl der Stimmzetteln — von denen gleichmäßig viel angefertigt waren — der Kommunisten erheblich verringert und die der S.P.D. erheblich vermehrt hatte. Auf Befragen erklärten P. und J., sie hätten die kommunistischen Stimmzettel ausgegeben. Waren unsere Genossen da schon mißtrauisch, so wurden sie es noch mehr, als das Wahlergebnis bekannt wurde, und nicht weniger als 42 Genossen erklärten sofort durch Unterschrift an Eidesstatt, daß sie für Liste 2 (S.P.D.) gestimmt hätten. Weitere Untersuchungen stehen noch aus. Obendrein erschien nun noch die Verhöhnung in der „Volkszeitung“ und darauf ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden, die nun nachprüfen hat, auf welche Einwirkungen der „Sieg der Kommunisten“ zurückzuführen ist.

Die „Volkszeitung“ hat gut frohlockt über diesen mit Leninischen Kräften verusachten „Zug nach links“, und die Erwartung, daß ihre Gesinnungsfreunde in der Waggonfabrik bei der nächsten Wahl der S.P.D. keinen Sitz mehr zu überlassen brauchen, gründet sich offenbar auf der Hoffnung, das Leninische Rezept bis dahin so verbessern zu können, daß so kleine Zerschläge wie der jetzige ausbleiben.

Deutliche Zahlen.

In einem Artikel über die Berliner Stadtverordnetenwahlen, die bekanntlich trotz des Erfolges der Sozialdemokratischen Partei eine glatte Niederlage des Sozialismus waren, veröffentlicht Kurt Heinig in der „Glocke“ Zahlen, die eine geradezu überdeutliche Sprache reden. An diesen Zahlen muß jede Rabulistik kommunistischer Agitatoren zerbrechen, sie sind geradezu der handgreiflichste Beweis für die Arbeit gegen den Sozialismus, die die Zerschläger der Arbeiterklasse geleistet haben. Heinig schreibt:

Am 20. Juni 1920 wurden abgegeben:

Sozialistische Stimmen 917000
Bürgerliche „ 718000

Zusammen 1 635 000 Stimmen.

Am 16. Oktober 1921 wurden abgegeben:

Sozialistische Stimmen 843643
Bürgerliche „ 874028

Zusammen 1 717 571 Stimmen.

Die Wahlbeteiligung ist bei den sozialistischen Parteien geringer geworden, bei den bürgerlichen Parteien hat sie zugenommen! Die Nichtwähler gehören zu denen, die an einem toten Berlin Interesse haben, sie vernichten danach an einem Tag, was in Jahrzehnten von unseren Besten aufgebaut worden ist, was vor einem Jahre, am 20. Juni 1920,

gegründet wurde. Wir wären blind, wollten nicht sein, wenn wir an dieser Feststellung vorbeigehen.

Die Arbeiter haben die drei Haupt- und sieben Nebenrichtungen satt. Weil ihnen die Entscheidung schwer fiel, gingen sie überhaupt nicht wählen. Das trifft auf die alten Anhänger der Sozialdemokratie am wenigsten zu. Aber sehen wir Kommunisten und Unabhängige in eine Zahl, dann ergibt sich das folgende charakteristische Bild:

Stadtverordnetenwahl am 20. Juni 1920 . 834 000 Stimmen
Preußenwahl am 20. Februar 1921 . 533 000
Stadtverordnetenwahl am 16. Oktober 1921 483 000

Fürwahr, ein trauriges, beschämendes Schauspiel! In einem Jahre 150 000 Arbeiter, die die „radikale“ Politik über bekommen haben und damit dem Sozialismus ganz verloren gingen! In einem Jahre eine völlige Umkehr des Stimmverhältnisses zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse. Auf diesen Erfolg können die „radikalen“ Arbeiterzerstörer wirklich stolz sein.

Die Mandatverteilung stellt sich endgültig wie folgt: Die bürgerlichen Parteien erhalten 115 Sitze und die Sozialisten 110 Sitze. Im einzelnen verteilen sich die Mandate auf die verschiedenen Parteien wie folgt: Deutschnationale 40 (bisher 27), Deutsche Volkspartei 35 (39), Demokraten 17 (16), Wirtschaftspartei 12 (9), Zentrum 9 (8), Freie Vereinigung 1 (—), Deutschsozial 1 (—), Sozialdemokratische Partei 46 (39), Unabhängige 43 (37), Kommunisten 21 (—).

Internationale Arbeitskonferenz.

Die dritte internationale Arbeitskonferenz wurde in Anwesenheit von mehr als 400 Delegierten, die etwa 40 Staaten vertreten, eröffnet, darunter Dr. Oldenburg vom preussischen Landwirtschaftsministerium. Frankreich ist offiziell nicht vertreten. Eröffnungsansprache hielt der Präsident des Verwaltungsrats vom Arbeitsamt, Lafontaine, und der schweizerische Bundespräsident Schulthess. Der letztere wies darauf hin, daß die Aufgaben des Arbeitsamts infolge der wirtschaftlichen Umwälzungen sehr erschwert seien und daß es Hauptaufgabe eines jeden Staates sei, vor allem die Weltproduktion zu heben; dann erst komme die Frage des Arbeiterschutzes! Schulthess besprach dann eingehend die Probleme der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der finanziellen Verhältnisse und betonte, daß alles vermieden werden müsse, was zwischen Arbeitern und Arbeitgebern eine Spaltung herbeiführen könnte. Er gab eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen der Schweiz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Einführung des Achtstundentages. Nach einer Ansprache des Genfer Staatspräsidenten Signour wurde der Engländer Lord Burnham, Mitglied des Unterhauses und der meisten Arbeitgeberverbände in England, zum Präsidenten des Kongresses gewählt. Er erwähnte in seiner Ansprache die schwere Lage der italienischen Arbeiterschaft. Italien, das Mangel an Eisen und Kohle habe, befinde in wirtschaftlicher Beziehung noch größeren Schwierigkeiten als alle anderen Länder.

Das Defizit der bayerischen „Ordnungszelle“. Zu der im bayerischen Landtag erfolgenden Vorlegung der Staatshaushalte für 1921/22 berichtet die „Münchener Zeitung“, daß der bayerische Staatshaushalt für das Jahr 1921 mit einem Defizit von etwa 250 Millionen Mark abschließt. — In Bayern regieren bekanntlich keine Sozialdemokraten sonst würde unsere bürgerliche Presse sofort über sozialistische Mißwirtschaft spektakeln.

Kommunistische „Taktik“. Bei der Wahl eines Stadtrats in Rostock wurden für den reaktionären Stadtrat Dahse 30 Stimmen, für Stadtrat Genossen Segnig 27 Stimmen, außerdem 4 weiße Zettel abgegeben. Diese 4 weißen Zettel waren von den Kommunisten abgegeben, die damit die Schuld haben, wenn Rostock den reaktionären Bürgermeister-Stellvertreter erhält, statt eines Sozialdemokraten.

Eine deutsche sozialdemokratische Zeitung in Argentinien. Das sozialdemokratische Organ Argentiniens, die „Neue Deutsche Zeitung“ in Buenos Aires, erscheint seit dem 1. Oktober zweimal wöchentlich. Sie bekämpft mit aller Energie die Gehe der monarchistischen Auslandsdeutschen, die sich nicht scheuen, ihre Heimat durch Böswilligkeit zu verächtigen. Der Erfolg der „Neuen Deutschen Zeitung“ zeigt, daß sich auch unter der Auslandsdeutschen der Glaube an die Demokratie und den Sozialismus immer mehr verbreitet.

Das Optionsrecht für Oberschlesien. Bezüglich des Optionsrechtes der Deutschen in dem an Polen fallenden Teile des Absteuungsgebietes ist insoweit eine Veränderung eingetreten, als deutsche Reichsangehörige, die erst nach dem 1. Januar 1908 ihren Wohnsitz in Oberschlesien genommen haben, das Recht haben, noch weiter 15 Jahre im abgetretenen Gebiet zu wohnen, ohne ausgewiesen zu werden. Außerdem haben diejenigen, denen das Recht der Option nach zwei Jahren zusteht, ebenfalls das Recht, noch weitere 15 Jahre im neuen polnischen Gebiet zu wohnen, auch wenn sie innerhalb der zwei Jahre für Deutschland optiert haben; auch in diesem Falle dürfen sie nicht ausgewiesen werden.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu: Im eigenen und im gesamtdeutschen Interesse dürfte es für die zu Polen kommenden Oberschlesier wohl besser sein, nicht für Deutschland zu optieren.

Die schwedischen Gewässer minenfrei. Laut „Berlingske Tidning“ sind nach einer amtlichen schwedischen Mitteilung die schwedischen Gewässer jetzt von treibenden Minen gereinigt. Die Regierung wird daher aufgefordert, alle von hier für die von Minen bedrohten Gewässer erlassenen Vorsichtsmaßnahmen wieder aufzuheben.

Lieferung der Bienenstöcke. Aus Hannover wird gemeldet: Noch dem uns aufgewungenen Versailler Diktat müssen 78 000 Bienenstöcke an den Feindbund geliefert werden. Seit dem 29. Oktober sollen die Bienenstöcke von hier nach Frankreich für Kaiser in Stalpbörden kommen für die Ablieferung in Frage. Für jedes Volk werden 240 Stk. gezahlt.

Strafe muß sein. Das dänische Marineministerium teilt mit, daß der deutsche Fischdampfer „Vorwärts“ aus Bremerhaven am 21. Oktober an der Küste von Südnorwegen dem dänischen Inspektionschiff aufgebrochen und zu 3000 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde, unter der Auflage, die Fischgerätschaften in den dortigen holländischen Gewässern in 11 Monaten zu ersetzen.

(forwarding plot)

Abfertigungslösungen vollständig fest. Statt nun diesen Forderungen die Anwendung ein für alle Mal unbedingt vorzuschreiben, überläßt man es ihrer Entscheidung, die besondere Kommission einzusetzen. Sie wird deshalb hier nicht ins Leben treten, sobald der Forderungsvorstand, d. h. die Unternehmer, welcher allein die Leistungen festlegt.

So ungenügend auch diese neue Mitwirkung der Versicherten an dem Unfallversicherungsverfahren ist, so muß doch alles daran gesetzt werden, um sie möglichst nutzbar zu machen. Der Vertreter der Versicherten wird immer zwei Gegner haben. Immerhin wird keine Tätigkeit nicht spurlos und fruchtlos verlaufen. In der Hauptsache ist, daß die Versichertenvertreter von den Genossenschaftsvorständen, also den Unternehmern gewählt werden, und daß sie aus den Reihen der Vertreter für Zwecke der Unfallversicherung zu ernennen sind, die erst wieder von den Versicherten bei den Oberversicherungsämtern gewählt werden. Die großen Gewerkschaften, die für die einzelnen Berufsgruppen in Frage kommen, werden sich der Sache annehmen und mit Vorschlägen, auch über die zu wählenden Persönlichkeiten, an die Genossenschaften herantreten müssen. Bei einer Neugestaltung der sozialen Versicherung sind hier noch bessere, demokratischere Einrichtungen zu treffen.

Friedrich Kroll.

Gewerkschaftliches.

Wiedereintritt des amerikanischen Gewerkschaftsbundes in die Internationale?

Der Vorstand des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat entsprechend den Beschlüssen der letzten Tagung des Bundes (Juni 1921) an den Internationalen Gewerkschaftsbund ein Schreiben gerichtet, das sich mit dem Wiedereintritt der amerikanischen Gewerkschaften in die Internationale beschäftigt. In diesem Schreiben wird in der entgegenkommendsten Weise eine Verständigung vorgeschlagen, damit die gegenseitige Kritik aufhöre und der gemeinsame Zweck erreicht werden kann, nämlich die Schaffung eines wirklichen Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch den die Interessen der Arbeitern der ganzen Welt wirksam geschützt werden können.

Im Streik der Berliner Gasthausangestellten haben eine Reihe Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben nachdrücklich aufgetreten. „An die Bürger der Stadt“ erlassen: Seit Wochen wird Berlin von: Streik der Gasthausangestellten heimgesucht. Trotz der Aufklärungen, die seitens der Streikenden veröffentlicht werden sind, herrschen im Publikum völlig irrige Ansichten über die Beweggründe dieses Ausstandes, bei dem es sich um eine Frage von größter Wichtigkeit für die weitesten Schichten der Bevölkerung Berlins handelt. Als letzterzeit das alte System, welches die Berliner als Angestellte niederen Ranges auf die Almosen der Gasse verwies, nach langen Kämpfen gebrochen wurde, hat alle Welt diesen Fortschritt mit Freuden begrüßt. Wohl niemals ist es einem sozial denkenden Menschen in den Sinn gekommen, daß rechtliche Elemente daran denken können, diesen Fortschritt wieder zu befechtigen, um den Berliner damit abermals zu einem unüberwindlichen Staatsbürger zu degradieren. Im Namen vieler tausend Bürger der Stadt Berlin erlassen wir Partei für die Angelegenheiten des Gasthausangestellten und richten an die Arbeitgeber den dringenden Appell: „Seht nach und macht dem traurigen Zwist ein Ende!“ Unterzeichnet ist dieser Aufruf von Max

Meier-Charlottenburg, Konrad Rothmer-Berlin, Paul Gutmann-Berlin, Schriftsteller, Dr. Arnold Kallisch-Berlin, Prof. Kallisch-Berlin, Heinrich Ströbel-Eggen, Schriftsteller, Redakteur Detter-Berlin, Dr. Walter Viehhaber-Eggen, Westphal-Friedenau, Geschäftsführer, Bruno Marx-Berlin, Dr. Pfirtmann-Berlin.

Die bürgerliche Presse verliert immer und immer wieder durch Meldungen von Ausschreitungen der Streikenden die Offenlichkeit gegen die kämpfenden Volkswirtschaftlichen Kämpfer. Zum Teil sind diese Meldungen direkt erfunden, zum andern maßlos aufgebläht und stehen die Streikenden den Verfassern meistens fern. Doch es ist in einzelnen Fällen zu unangenehmen Auseinandersetzungen mit den Streikbrechern kommt, ist bei der Härte des Kampfes erklärlich.

Volkswirtschaftliches.

Schlechtere Valuta — bessere Verhältnisse. Auch der Monat September hat in Deutschland einen Rückgang in der Zahl der unterrichteten Erwerbslosen gebracht, und zwar ist die Zahl der männlichen Vollerwerbslosen von 177 000 auf 146 000, die der weiblichen von 60 000 auf 48 000, die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsbefähigten von 238 000 auf 194 000 gefallen. Die Zahl der Zuschlagsbefähigten, d. h. der unterstützungsbedürftigen Familienangehörigen Vollerwerbsloser ist von 285 000 auf 211 000 zurückgegangen. Wie bisher erlaubt die Statistik nicht die richtigen Erwerbslosen, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen in der Stellung nicht beziehen, auch nicht die Auszubildenden, d. h. diejenigen, die nur für einen Teil der üblichen Arbeitszeit Beschäftigung und daher auch nur einen Teil des üblichen Arbeitsentgelts erhalten. Immerhin ist der Rückgang der Erwerbslosigkeit beträchtlich. Das Wetter begünstigte nach wie vor die Tätigkeit in der Landwirtschaft und im Baugewerbe sowie die Handarbeiten der produktiven Erwerbslosen. Noch stärker allerdings wurde die Lage des Arbeitsmarktes durch den unerwarteten Niedergang der Marktwährung beeinflusst, der wieder die bekannten Folgeerscheinungen: Anstiege der einheimischen Bevölkerung und starke Belebung des Auslandsverkehrs zeitigte. Diese Entwicklung muß als durchaus ungesund bezeichnet werden. Es ist zu erwarten, daß die Konsumkraft im Innern bei sinkender Valuta sehr bald, während im Auslande die Gefahr einer Überfüllung des Marktes mit deutschen Waren in die Nähe rückt. Erhebliche Gefahren drohen der künftigen Beschäftigung der Industrie. Auch im Hinblick auf die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe infolge des Rückganges der Marktwährung. Es ist daher leider zu befürchten, daß die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes schon in Kürze wieder eine ausgesprochen ungünstige werden wird, zumal die Verrechnung Lebenskosten und der damit verbundene Verlust wichtiger Güter an der deutschen Wirtschaft auf schwerste zu befechtigen.

Die Weltweigerente 1921. Nach Informationen, die bis zum 18. September eingelaufen sind, schätzt das amerikanische Landwirtschaftsdepartement die Ernte von zwanzig der Hauptweizenländer, die etwas über drei Fünftel der Weltweizen hervorbringen, auf 2 400 000 000 Bushels, das heißt auf 106 160 000 mehr als im Vorjahr und auf 160 450 000 mehr als den Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913. Von den zwanzig Ländern haben dieses Jahr dreizehn mehr Weizen geerntet als 1920; das größte Mehr weisen Frankreich, Italien, Australien und Kanada auf; in 11 Ländern zeigen einen Rückgang, der am stärksten im Falle von Britisch-Indien, Argentinien und den Vereinigten Staaten ist. Zwei Länder haben rund die gleichen Mengen geerntet wie im Jahre 1920. Am auffälligsten ist vielleicht die Zunahme, die Frankreich zu verzeichnen

hat, dessen Weizenerte auf 828 000 000 Bushels geschätzt wird gegen einen Durchschnittsertrag der Vorjahre von 828 000 000 Bushels.

Aus aller Welt.

Die Tragödie einer jungen Ehe. Unter der Auflage, seine 22jährige Frau Hedwig, geb. Hoff, vorläufig, aber ohne Heirat, zu haben, stand der 30jährige Lagerist und Schneider Joseph Pohl aus Potsdam-Geellenshöhe vor den Berliner Gerichten. Der Angeklagte hatte im Jahre 1919 geheiratet. Seine Frau brachte ein Kind mit in die Ehe, das Pohl bald sehr lieb gewann. Von Anfang an war die Ehe für die Frau ein einziger Vergnügungstau. Der Mann arbeitete, die Frau veranlagte sich auf Maskenbällen, Tanzbällen oder Ähnliches. Die Ehe mit den Worten: „Ich mag dich nicht, rühr mich nicht an“, ausgedrückt. Lagelang blieb die Wirtschaft liegen. Das Kindchen war im Säuglingsheim untergebracht. Am 22. Februar fand der Mann zerrissene Liebesbriefe in der Wohnung. Sie laschte ihm nach ins Gesicht. Da war der Mann gerührt, er griff zum Messer und spaltete der Frau den Schädel auf. Er selbst schritt sich die Fußbänder auf und verfuhr sich einen Selbstmord in der Havel. Nach arauwollen Eiden starb die Frau acht Tage später im Krankenhaus. Mit Schluß der Angeklagten die Erniedrigungen, die er in seiner kurzen Ehe erdulden mußte. Gansvorsatz und Trottel war er für die Frau gewesen. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Heller ermahnte den Angeklagten, bei der Wahrheit zu bleiben, denn nur so könne er sich das menschliche Mitgefühl erwerben. Die medizinische Sachverständige und viele Zeugen waren geladen. Die letzten Stellen der Verstorbenen ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Nach dem Wahspruch der Geschworenen wurde der Angeklagte Pohl nur der Körperverletzung mit Todesfolge für schuldig befunden und unter Zustimmung mildernden Umstände zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Hälfte der Strafe wurde dem Angeklagten eine Bewährungsfrist von drei Jahren als besonderer Gnadenbeweis zugesprochen.

Millionenbetrug mit Frachtbriefen. Einem groß angelegten Betrug sind Beamte der Heberwachsungsstelle Stellen auf die Spur gekommen. Die Firma Wollstein in Magdeburg erließ vor einiger Zeit in allen größeren Zeitungen Inserate, in denen Kartoffeln in größeren Mengen zum Kauf angeboten wurden. Die Firma wurde mit Aufträgen überhäuft. Eine bekannte Kartoffelgroßhandelsfirma bestellte zwanzig Waggons und ließ durch Kreditbrief einer Bank in Brandenburg über 400 000 Mark überweisen, die gegen Vorlegung der Duplikatsbriefe und der nötigen Ausweise gezahlt werden sollten. Die Beträge wurden abgeholt, aber Kartoffeln hat die Firma nicht erhalten. Die Papiere waren gefälscht. Beamte der Heberwachsungsstelle stellten fest, daß der Prokurist der Firma Wollstein, Schneider, flüchtig ist. Die Bücher ergaben, daß Schneider auf diese Weise sehr große Beträge erhalten hat. Wie hoch die Beträge sind, ließ sich noch nicht feststellen.

Nach 20 Jahren gerechtfertigt. Ein italienischer Postbeamter in Manila wurde vor ungefähr 20 Jahren angeklagt, drei Pakete mit 70 000 Lire unterschlagen zu haben. Trotzdem das Gericht ihn wegen Mangel an Beweisen freisprach, wurde er von der Verwaltung entlassen. Tief unglücklich begab er sich in seine Vaterstadt Palermo und eröffnete hier einen kleinen Handel. Vor einigen Tagen wurden nun in einem alten Postkoffer die drei Pakete mit vollem Inhalt aufgefunden. Der alte ehemalige Beamte konnte sich freuen. Er wurde wieder auf seinen Posten gestellt und hat außerdem Anspruch auf Nachzahlung seines Gehalts für die 20 Jahre, eine Summe, die ungefähr 120 000 Lire ausmacht.

Danziger Konfektionshaus • Größte Kleiderfabrik des Ostens

Fernsprecher 409 Inh. A. Steinhöfel Fernsprecher 408

Zur Deckung Ihres Herbst- und Winterbedarfs empfehle ich meine:

Anzüge, Ulster, Paletots, Joppen, Hosen u. s. w.

zu äußerst billigen Preisen.

(5462)

Sämtliche Konfektion ist in eigener Fabrik hergestellt und bürgt für beste Verarbeitung.

Mass-Abteilung

zur Anfertigung von erstkl. Damen- u. Herrengardrobe

Gute Stoffe :: Beste Verarbeitung :: Garantie für tadellosen Sitz

Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen und äußerst billig berechnet.

Ämliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Effekten- und Dividendenbörse.

An der Danziger Börse ist eine Zulassungsstelle zur Prüfung von Anträgen auf Zulassung von Wertpapieren zum öffentlichen Handel an der Börse errichtet worden. Anträge sind an die 1. Geschäftsstelle der Handelskammer, Langemarkt 43 II, unter dem Kennwort „Zulassungsstelle“ zu richten. Bedingungen sind dort zu erfahren. (5450)

Danzig, den 28. Oktober 1921.

Die Handelskammer.

Stroh- Panama- Velour- Filz- Hüte

für Damen und Herren werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt, gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle). (4288)

Bevor Sie

Ihren Bedarf in

Herren-Anzügen, gestreiften Hosen, Ulstern, Raglans, Joppen und Hüten decken, prüfen Sie ohne jeden Kaufzwang in Ihrem eigenen Interesse meine Preiswürdigkeit.

Beachten Sie bitte meine Schaufensterauslagen.

Bekleidungshaus Rekord

nur Kettnerhagergasse 9. (5436)

Volkswirtschaftliche

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft — Sterbekasse. — Kein Polizeiverfall. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattenbuden 35. (5437)

Puppen

fertigt u. repar. Perücken vorrätig. Kein Laden. († E. Winkler, Johannisg. 63. (5438)

Für jeden Schuh



Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller Werner & Moritz A.-G. Mainz.

Richard Scheer

Junkergasse 1a, an der Markthalle.

Verkauf von

Weinen und Spirituosen zu Originalpreisen der Kalifornischen Weinhandlung

Kau eröffnet! (5439)

Karbidkalk

in größeren Mengen gegen geringe Entschädigung abzugeben.

Danziger Werft

Abt. K.B. (5440)

Noch zu billigen Preisen!

Herrenanzüge, blau und farbig

Paletots, Ulster, gestreifte und blaue Hosen, Hüte und Mützen.

Arbeitsbekleidung jeder Art.

JULIUS BRAUN Herren-Bekleidungsgeschäft Olivaer Str. 58. Neufahrwasser Olivaer Str. 58. (5432)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Freitag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr:
Dauerkarten B 2.

Die Königsfinder

Märchenoper in 3 Aufzügen. Musik von Engelbert Humperdinck. In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brückner. Musikalische Leitung: Otto Seiberg. Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 2. Größte Preise. Einmaliges Gastspiel Gertrud Eysoldt: „Die Stützen der Gesellschaft.“ (Dona Hefel: Gertrud Eysoldt als Gast).

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Sechste (literarische) Morgenfeier. Gertrud Eysoldt: „Frauengestalten im Drama“.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Kanon, die Wirtin vom goldenen Stamm.“ Operette.

Montag, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2. „Die Jüdin.“ Große Oper.

Wilhelm-Theater

verträgt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Heute, Freitag, den 28. Oktober,

abends 7 1/2 Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr.

„Die Postmeisterin“

Operette in 3 Akten, Musik von Leon Jessel.

Morgen, Sonnabend, den 29. Okt.,

abends 7 Uhr

Wohltätigkeitsvorstellung.

Wiederholung:

„Die Fledermaus“

Sonntag, 30. Oktober: Die Geliebte im Moll.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. 15245

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Die große Kunst, bestens und stimmungsvoll unterhalten zu werden, pflegt sehr sorgsam jetzt in seiner Großen Saison das beliebte

Adami-Quartett

Wie immer: Die beste Musik!

Sonnabend, d. 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Ehrenabend für den geistvollen Humoristen Fred Dressler

unter Mitwirkung erster Kräfte hiesiger Kabarets und Bühnen

Für Kabarett und Bar besonderer Eingang



Brett!

Große Allee

= 8 Uhr! =

Achtung!

Da der Parteitag am 5. November beginnt, treffen die Delegierten vom Ende schon am Sonnabend hier ein. Die Parteileitung bedarf der Mithilfe der Genossen, um die Delegierten unterbringen zu können. Parteigenossen, welche für eine Nacht einem delegierten Schlafgelegenheit gewähren können, wollen ihre Adresse im Büro abgeben. Vorstand der Soz. Partei Danzigs.

J. A. W. Alah.

Metropol-

Lichtspiele

Dominikswall 12.

Täglich 4 Uhr:

Der König der Kraft!

I. Teil: Fürstliche Vampire.

Ein Ringkampf um Leben und Tod in 5 Riesen-Akten. Voller Erwartung wird man dem II. Teil entgegensehen.

Der Schrei aus d. Fenster

Detectiv-Sensation in 6 großen Akten mit der schnell berühmt gewordenen Film-Künstlerin Colette Corda und dem Weltmeister Bob Hill! Keine Minute ohne Spannung!

Lustspiel-Einlage!

4, 6, 8 Uhr — Sonntag 3 Uhr



Lichtbild-Theater

Panzenmarkt Nr. 2

Heute große Premiere

Der Welt schönster Film!

„Der Tod und das Mädchen“

(Der müde Tod)

Ein deutsches Volkslied in sechs Versen von Fritz Lang

Die Hauptdarsteller:

Lili Dagover

Walter Janssen — Bernhards Götzke —

Wilhelm Diegelmann — Lothar Mühsel

Carl Huszar — Eduard von Winterstein

Erhöhte Preise! 15444

Anfangszeit 4, 6, 8 Uhr



Langgasse 37 • Fernsprecher 1015

Vom 28. Oktober bis 3. November:

Henny Porten

in dem entzückenden Lustspiel

Ihr Sport!

4 lustige, frohe Akte und

Der Schatten d. Gaby Leed

Tragödie in 7 Akten.

Hauptrollen:

Otto Hollmann — Manja Tatschewa

Otto Gubähr — Carl Awen.

Ein Prachtprogramm.

4, 6, 8 Uhr.

(5443)

Der Sieg war zum Greifen nahe!

Authentische Zeugnisse

zum

Frontzusammenbruch

von

Kronprinz Friedrich Wilhelm

Kronprinz Rupprecht

Hindenburg / Ludendorff

Escherich / O. H. L.

★

Zu beziehen durch:

Buchhandlung „Volksrecht“

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

Eiserne Ofen, Karbid

in klein. u. großen Mengen

verkauft billig 15439

L. Fenselau & Co.,

Peterstr. 9.



5307

Rest-Posten

weit unter Preis

Spannen-Schuhe 69⁰⁰

moderne Form

Schnür-Schuhe 98⁰⁰

mit Lackkappe

Damen-Stiefel 128⁰⁰

gute Puffform

Herren-Stiefel 158⁰⁰

neue Form

Schuh-Sport

Langgasse 84.

(5441)



Ab heute!

Zwei große Filmschlager:

Ossi Oswald

in

Amor am Steuer

Das erste prächtige Ossi-Oswald-Lustspiel der Saison. 5 Akte.

Partner

(5445)

Der Wahn des Philipp Morris

mit

Erich Kaiser - Tietz,

Lyda Salmonova

Eine Tragödie in 5 Akten.

Vortührung um 4, 6 und 8 Uhr.

Anfertigung eleganter Damen- u. Herren-Garderoben nach Maß

zu billigsten Preisen.

(5446)

Mitgebrachte Stoffe werden verarbeitet.

Reparaturen — Wenden — Modernisieren

H. Guddat, Schneidermeister.

Breitgasse 56, Eingang Zwirngasse.

Otto Siede Danzig

Neugarten 11, I.

Ausbildung von Damen und Herren in

Buchführung und (4970)

Kontorarbeiten

Auch Unterricht in einzelnen Fächern, sowie Stenographie

Maschinenarbeiten und Sprachen. Einzelunterricht

bisher Eiskalt jederzeit. Auskunft u. Lehrplan kostenlos

Loth's Etablissement :: Langfuhr

Heiligenbrunn.

Sonnabend großes Tanzkränzchen,

verbunden mit buntem Abend

und vielen Überraschungen.

5423) SONNTAG TANZ.

Stelle mein Lokal Vereinen und Gesellschaften zur

Verfügung. Telefon 1556.

Fritz Loth.

Kino-Projektions-Apparate

für Heim, Schule, Theater

Photographische Apparate neuester Konstruktion

auch Gelegenheitskäufe

Schilling & Co., G. m. b. H., Danzig

5386)

Holzmarkt 12/14

Dominikswall 6

Höchstleistung in Qualität und Preiswürdigkeit

Zigarren

für jeden Geschmack in denkbar größter Auswahl

in den Preislagen von M. 0,60 bis 14,00 das Stück bietet Ihnen

Zigarren-Schmidt

nur Hundegasse Nr. 14, gegenüber der Hauptpost

(5099)